

## **Datenschutz: Vertragsverletzungsbeschwerde gegen Deutschland eingereicht**

Die Bundesrepublik Deutschland habe die Durchsetzungsbefugnisse der Bundesbeauftragten für den Datenschutz unzureichend ausgestaltet und damit die EU-Datenschutz-Richtlinie [95/46/EG](#) verletzt, kritisiert Partick Breyer, Jurist und Landtagsabgeordneter der Piratenpartei in Kiel. Er hat die Europäische Kommission daher ersucht, wegen mangelhafter Durchsetzung des Telekommunikationsdatenschutzes ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einzuleiten.

Der Bundesbeauftragten müssten in ihrem Zuständigkeitsbereich gegenüber den Postanbietern und Telekommunikationsanbietern die gleichen Anordnungs- und Untersagungsbefugnisse eingeräumt werden, wie sie den Aufsichtsbehörden der Länder gegenüber der Privatwirtschaft schon seit Jahren zustehen, [argumentiert](#) der Jurist.

Der Bundesbeauftragten sei in diesem Bereich auch die Stellung einer Obersten Bundesbehörde und Bußgeldbehörde einzuräumen. Nur dann stünden ihr auch wirksame Eingriffsbefugnisse, wie sie die Europäische Datenschutzrichtlinie fordert, zur Verfügung. Dies hat bereits die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder im Oktober 2014 offiziell [gerügt](#), ohne dass Abhilfe erfolgt wäre

## **OBAMA Administration noch uneins über Waffenlieferung von panzerbrechenden Waffen an Ukraine**

Während sich die massiven Panzerverbände der von Russland gestützten Militärseparatisten um einen Eisenbahnknotenpunkt zwischen Luhansk und Donzsk massieren, ist die Obama Administration in der Frage von Waffenlieferung – angeblich nur defensiv – noch nicht abschliessend entschieden. Kreditgarantien über 2 Milliarden sollen bereits zugesagt seien. Einer der engsten Berater dementierte aber die Zusage der Lieferung von sogenannten Defensivwaffen. Die USA wie Frankreich und England sind Garantiepartner der territorialen Integrität der Ukraine. Sie hatten entgegen der Propaganda aus dem Kremel militärischen Beistand bei Verteidigung der territorialen Integrität der Ukraine bisher ausgeschlossen. Russische Militärmaschinen sollen letzte Woche den britischen Luftraum unangekündigt verletzt haben.

## **Erfolgreiche Reichenpolitik von CDU/FDP- Erbschaften und Lebend-Vermögens-Schenkungen nur noch mit 2,7% besteuert**

(kmm) Die CDU/FDP Koalition hat es mit dem Erbschaftssteuerreformgesetz von 2009 ermöglicht: Die nahezu steuerbefreite **Vermögensübergabe vor dem Tod** an seine Nachkommen. Seit 2009 ist sie explodiert, berichtet das Statistische Amt destatis: Verdreizehnfach haben sich allein die Schenkungen **über 20 Millionen €**, Von in 2009 1,5 auf 19,5 Milliarden € im Jahr 2013. Dabei ist die Anzahl der Schenkungen um 21 % auf 46 832 zurückgegangen. Dies liegt an den kleineren und mittleren Vermögensschenkungen, die hauptsächlich im persönlichen (Haus-u. Wohn-) Grundeigentum bestehen.

Auch bei den **Schenkungen von Betriebsvermögen** ist die Schonung der Reichen bemerkenswert: Sie hat sich vervierfacht auf 20,1 Milliarden in 2013 (Steuerbefreiungssumme aber 30,4 Milliarden!). Summarisch haben sich **alle Vermögensschenkungen knapp auf 39,9 Milliarden € vervierfacht!** Daneben nimmt sich die **nach dem Tode** stattfindenden Vermögensübergänge mit einem 41,9%-Anstieg auf 30,5 Milliarden € in 2013 geradezu bescheiden aus, Beinahe umgekehrt proportional verliefen die Erlöse aus Steuern darauf: Wurden den Schenkern 2009 noch 1,4 Milliarden € oder schlaffe 10,7% der festgesetzten Vermögenssumme abgeknöpft, waren es 2013 nur noch 1,1 Milliarden € festgesetzte Steuern oder 2,7 %. **Diese armen Reichen!**

Quelle: <https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/...>

## Thüringen Versorgungspolitik der alten CDU Regierung

Zum Chef INSA-Institut (neue Umfrage zu Thüringen) ist Herrmann Binkert von den Gremin berufen worden. Binkert fungierte ehemals als Staatssekretär der [#CDU](#). **Er ist heute** heute Berater der [#AfD](#)

## Studierendenwerke im Land - bei steigenden Studierendenzahlen mit weniger Finanz-Mitteln 2014

Einer Antwort der Wissenschaftsministerin Theresia Bauer auf die Anfrage der grünroten Mdl's Rolland (SPD) und Lede-Abal (Grüne) ist zu entnehmen, dass die acht Studierendenwerke im Land zur Erfüllung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben in den letzten beiden Jahren weniger Mittel zur Verfügung stehen. Trotz steigender Studierendenzahlen im Ländle seit WS 10/11 um 53.000 Studierende auf jetzt 325.000 sanken die verfügbaren Finanzmittel. Mit 40,555 Mio.€ sanken die öffentlichen Mittel aus dem Staatshaushaltsplan 2014 Baden Württemberg nach dem Anstieg des ersten grünroten Doppelhaushaltes jetzt unter die Werte des Jahres 2010! **Kaum als eine gute grünrote Bilanz verzeihenbar!**

Allerdings sollen im DDH 2015/16 leichte Steigerungen angesetzt werden. Neben der Erhöhung des allgemeinen Zuschuss um 35.000€ auf 19,7 Millionen €, der Bafögverwaltungspauschale von 14,54 Mio. auf 16,9 Mio € auch die Mittel für Wohnheim-Bauinvestitionen und Verpflegung auf 11,1 Mio (2014:6,4)

Von acht unterschiedlichen Studierendenwerke müssen drei aus den geschrumpften Zuschüssen über 20.000, drei - u.a. Freiburg- um die 46.000 und 2 über 50.000 Studierende versorgen. Gerade im Wohnungsbereich kommt Freiburg mit 13,8 % nur auf Platz 5 ein. Nur Stuttgart, Ulm und Hohenheim bieten weniger Wohnheimplätze.

Gabi Rolland und Daniel Lede-Abal wollen die "bewährte Struktur" erhalten, die die noch Spitzengruppenstellung im Bundesranking nicht nur beim Wohnen sondern auch Kitaplätzen (knapp 1050) bereitstelle. Allerdings: Wie lange noch hinreichend mehr als im Bundeschnitt? (kmm)

## FWTM: Abzug der Rothaus Einlage verstetigt Schuldenkrösus auf höchsten Niveau am Rand der Überschuldung

Das Wahlergebnis im Bürgerentscheid über das **Finanz-Organisations- und Investitionskonzept für den Stadionneubau** am Flugplatz ist **eindeutig und bindet den Gemeinderat** auf drei Jahre.

Teil des Konzeptes ist die Absicht der FWTM weitere **3 Millionen Neuschulden** aufzunehmen, um die autogerechte Erschließung des Stadions durch 1000 zusätzliche Parkplätze (!) zu ermöglichen. Dies würde - in ca. 3-4 Millionen Jahren - den Schuldenturm des genialen Wirtschaftsförderers Dallmann im FWTM/Messekomplex auf über 14 Millionen € erhöhen. Dabei dürfte es aber nicht bleiben.

Nach dem November Beschluss für den Bürgerentscheid im Gemeinderat tat sich eine weitere riesige Lücke auf. Weil das Land ernst macht, aus dem Staatshaushalt **nicht** wie z.B. in Karlsruhe 11 Millionen in die städtische OTG Stadionneubau zu stecken, wurde im Abstimmungskampf stolz verkündet (Ostwahlkreis-Aspirant Bonde!), dass die staatliche Rothaus Brauerei 12,7 Mio. € in die neue städtische Stadion OG stecken wird. **Allerdings handelt es sich um eine aktuell garantiert mit 1,4 % verzinsten stillen Einlage in der Messe OTG !**

Die müsste - in ca. 2 Jahren - am Kapitalmarkt aufgenommen und verzinst und getilgt werden. Das würde nicht nur die Langfristverschuldung auf um die 100 % des Anlagevermögens steigern. Vor der ersten Sanierungsrunde, die beim Konzerthausdach gerade erst anfängt.

Der gegenwärtige auf über 7 Millionen jährlich in (2016: 7,9 Mio €) **gesteigerte Zuschussbedarf**,

den der Gemeinderat an den FWTM/Messe Komplex genehmigen soll, wird also beträchtlich steigen müssen.

In einem rückläufigen Messegeschäft. (Fix-Zuschussbedarf 800.000€/a. Je Besucher ca. 1,75€)

Ab 2017/2018 mindestens 2,6 % gesteigerten Kapitaldienst auf 15,7 Mio €.

Ola!

Es leben die Freiburger peanuts..... (kmm)

## Freiburg ohne Schweizer Franken Kredite

Die zu Jahresende ohne eine Neuverschuldung auskommende, aber wohl mit 240 Mio.€ zum Stichtag 31.12.2014 verschuldete Stadt Freiburg wird von der Freigabe des Franken-Kurss **keine negativen** Folgen haben, da keine Franken Kredite existieren. Am Rande der Präsentation des Beteiligungsbericht 2014 (Stand: 2013) bestätigt Stadtkämmerer Bernd Nussbaumer dies auf Nachfragen.

Zwar existieren noch einige Kreditverträge mit hohen Altszinsen. Sowohl das Cash-Poolverfahren mit Eigenbetrieben und städtisch beherrschten Wirtschaftsunternehmen (FSB, Stadtwerke/VAG usw.) schaffen bei abzulösenden Krediten aber eine gute Position. Die Zinsen für kurzfristige Kredite belaufen sich auf unter 1 % (0,7) für mittelfristige und langfristige auf unter 1,5 %. Insofern ist nicht verwunderlich, dass im Haushalt aktuell jährlich nur noch rund 6 Mio. € für Bankzinsen und ca. 5,5 Mio € für Kredittilgungen verausgabt werden muss. Die Bilanzierung des städtischen Vermögens, das den Schulden gegenübersteht wird erst im Sommer abgeschlossen sein.

Das Bilanzvermögen der städtischen Gesellschaften (666,252 Mio €) und Eigenbetrieben (242 Mio €) von 928 Mio, € stehen Verbindlichkeiten 502,7 Mio € gegenüber. Selbst der Eigenbetrieb Theater weist einen Vermögensüberschuss über den Verbindlichkeiten von 11 Mio € aus.